



INFO AARGAU

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau

Herr
Max Mustermann
Musterstrasse 8
0000 Musterstadt



Urs Plüss auf dem Weg zum höchsten Aargauer

Therese Dietiker,
Co-Präsidentin EVP Aargau

Am 9. Januar wurde Urs Plüss mit 121 Stimmen zum 2. Vizepräsidenten des Grossen Rates gewählt. Damit wird er voraussichtlich 2026 das Aargauer Parlament präsidieren.

Dass die EVP als Kleinpartei überhaupt die Gelegenheit bekommt, das Präsidium zu stellen ist selten. Erst einmal in der Geschichte des Aargauer Parlaments war der EVP mit Hans Bürge, Safenwil, dieses Amt beschieden. Im alten System wurde nur alle 7 Jahre einer Kleinpartei (EVP, Grüne, glp, EDU) dieses Amt zugesprochen. Durch das politische Geschick des EVP-Fraktionspräsidenten Uriel Seibert haben die grossen Parteien einem Systemwechsel zugestimmt. Und so kann die EVP bereits 2026 wieder einen Präsidenten stellen.

Auch wenn das Korsett des Präsidentenamtes eng ist, weil die meisten Prozesse klar geregelt sind, hat sich Urs Plüss persönliche Ziele gesteckt: Er möchte grössere Schritte in der Digitalisierung des Grossen Rates lancieren, eine Herzensangelegenheit aufgrund seiner beruflichen Kernkompetenzen. Dazu habe er nun drei Jahre Zeit, um das anzustossen und einzuführen. Das Präsidentschaftsjahr möchte er voraussichtlich unter das Thema der Inklusion stellen:

Menschen mit Unterstützungsbedarf sollen in unsere Gesellschaft und dem politischen Geschehen eingebunden werden. Bis jetzt sei dieser Bereich noch kaum politisch breit beachtet worden, so Urs Plüss, der seit einigen Jahren Präsident der Stiftung Schloss Biberstein ist.



Wie vieles in seinem Leben lässt der neue Vizepräsident 2 die Aufgaben auf sich zukommen und vertraut auf Gottes Beistand: Er möge ihm Kraft und Weisheit geben sowie die richtigen Leute an seine Seite stellen. Urs Plüss begegnet dem neuen Amt auf jeden Fall mit grossem Respekt und sorgt sich vor allem um das Zeitmanagement. Er freut sich auf das intensive Jahr und die damit verbundenen Lebenserfahrungen, die nur wenige machen können. Er hofft, den Ansprüchen genügen zu können und blickt ehrfürchtig auf alle früheren Präsidentschaften zurück. Urs Plüss ist überzeugt, dass das Grossratspräsidium auch für die EVP eine Riesenchance sein kann.

Retouren an:
EVP Aargau
5000 Aarau

Post CH AG
EVP-Info des Kantons Aargau

AZB
CH-5000 Aarau



PAROLEN FÜR DEN 3. MÄRZ 2024

- **NEIN** zur Initiative für eine 13. AHV-Rente
- **NEIN** zur Renteninitiative

EVP setzt sich für Gleichstellung ein

Barbara Müller-Hefti, Geschäftsführerin

In der Schweiz leben rund 1,7 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Sie stossen im Alltag auf zahlreiche Barrieren, die ihnen eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren oder gar verunmöglichen. Für die EVP ist eine Gesellschaft, die alle Menschen gerecht und respektvoll behandelt, ohne die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nicht denkbar. Sie unterstützt deshalb die Inklusionsinitiative.



Die Ende April 2023 lancierte Initiative will die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen sicherstellen. Sie verlangt einen Rechtsanspruch auf alle notwendigen und verhältnismässigen Anpassungs- und Unterstützungsmassnahmen zur Gleichstellung. Ausdrücklich erwähnt der Initiativtext die Ansprüche auf personelle und technische Assistenz sowie die freie Wahl der Wohnform und des Wohnortes.

Für die EVP sitzt die Berner Grossrätin und Behindertenvertreterin Simone Leuenberger, selbst auf den Rollstuhl angewiesen, im Initiativkomitee.

«In der Schweiz braucht es ein Umdenken.

Menschen mit Behinderung werden noch zu oft als bemitleidenswerte Wesen betrachtet, die Schutz und Fürsorge brauchen. Wir wollen aber ganz einfach dazugehören und unseren Beitrag an die Gesellschaft leisten.

Die Behinderung muss nebensächlich werden!»

Simone Leuenberger, EVP Grossrätin und Behindertenvertreterin

Die Schweiz hat die Behindertenrechtskonvention 2013 ratifiziert. Längst nicht alles darin ist bis heute umgesetzt. Die Initiative fordert Unterstützungsmassnahmen, die für die Gleichstellung notwendig, aber auch verhältnismässig sind.

Wollen auch Sie, dass Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft selbstbestimmt, gleichgestellt leben und teilhaben können? Dann unterschreiben Sie jetzt auf

inklusions-initiative.ch

Dort finden Sie auch Unterschriftenbögen und weitere Informationen zur Initiative.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.



MITTEILUNGEN

Daniel Brassel wird Präsident des Einwohnerrates Windisch

EVP Windisch, Stefan Fehlmann

Daniel Brassel wurde an der Einwohnerratssitzung vom 1. November 2023 mit 37 von 38 möglichen Stimmen zum Präsidenten des Einwohnerrates für die Jahre 2024 und 2025 gewählt.

Nachdem Daniel Brassel einige Jahre in Windisch gelebt hatte, wollte er etwas Gemeinnütziges tun. Ein ehemaliger EVP-Einwohnerrat brachte ihn auf die Idee, sich auf Gemeindeebene zu engagieren. 2011 wurde er in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FiGK) des Einwohnerrates gewählt, welche er die letzten sechs Jahre auch präsidierte. Zuvor war er 2016 in den Einwohnerrat von Windisch gewählt worden.



Daniel Brassel,
Einwohnerratspräsident Windisch

Als Verfahreningenieur ETH und einem Master in Betriebswirtschaft bringt er ein breites Wissen mit. Dank seiner ruhigen und dennoch bestimmten Art wird er den Rat gewiss gut durch die beiden Präsidialjahre führen. Daniel Brassel ist verheiratet und lebt mit seiner Familie im Unterdorf von Windisch. Hier schätzt er das einzigartige Zusammenleben, den Zusammenhalt unter den Bewohnern sowie die zentrale Lage umgeben von viel Wasser, der Reuss und der Aare. Denn als passionierter Segler liebt er dieses Element. Daniel Brassel arbeitet als Geschäftsführer einer kleinen Beratungsfirma für Betriebsplanung, Intralogistik und Lean Management in Brugg.

Die EVP gratuliert Daniel Brassel herzlich zu seiner hervorragenden Wahl und wünscht ihm bei der Ausübung des neuen Amtes viel Freude und Gelingen.



Therese Dietiker, Grossrätin und Co-Präsidentin EVP Aargau

Zu Beginn der Novembersitzungen musste der Grosse Rat viele Vorstösse aus den eigenen Reihen abarbeiten. Viele waren als «Wahlvehikel» eingereicht worden, um politische Statements abzugeben.

In diesem Zusammenhang wurde ein Vorstoss der FDP für eine vollständige Strommarktliberalisierung diskutiert. In der Verhandlung stellte Roland Frauchiger klar, dass eine allfällige Strommarktliberalisierung nicht Sache des Kantons ist und wies darauf hin, dass in Bundesbern momentan nicht Liberalisierungen, sondern Regulierungen diskutiert werden. Er stellte zudem dar, dass viele Kleinunternehmen und Privathaushalte keine Kenntnisse über den Energiemarkt haben und deshalb in Preisfallen stolpern würden.

Am 21. November bewilligte der Grosse Rat eine neue Asylunterkunft in Oftringen. Das Haus wird von einer grösseren Chemiefirma dem Kanton gratis abgegeben. Deshalb kann der Kanton die Modulbaute für 150 Personen schnell in Betrieb nehmen. Dies auch aufgrund der guten Zusammenarbeit von Kantonalem Sozialdienst und der Gemeinde. Der Kredit von rund 4,6 Mio beschränkt sich auf den Rückbau der Fundation, die Erschliessung der Bauparzelle sowie den

Umzug. Therese Dietiker stellte deshalb fest: «Ein Glückspilz ist, wem ein Haus geschenkt wird. Ein noch grösserer Glückspilz ist, wem das Geschenk in die angespannte Asylnotlage zufällt.»

Anlässlich der Budgetdebatte schenkte Uriel Seibert dem Finanzdirektor eine Sonnenbrille, damit dieser einen klaren Blick behalten möge und wies dabei auf die düsteren Wolken am Finanzhimmel hin. Die EVP bemängelte, dass diverse von Regierungsrat und Parlament geplante Reformen und Massnahmen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) nicht abgebildet sind und beschwerte sich über eine Tendenz zum Sparen auf dem Buckel der Schwächsten (z.B. minime Prämienverbilligung, Ressourcenverteilung in der Volksschule oder Verpflegungsgeld im Asylbereich). Trotz Widerstand von bürgerlicher Seite wurden die Verpflegungsgelder für Menschen im Asylstatus um 50 Rappen angehoben. Damit wird zumindest die Teuerung ausgeglichen.

Die erste Beratung zum Energiegesetz zeigte, wie ungleich Energiemassnahmen verstanden werden. Den Grünen ging das neue Gesetz viel zu wenig weit. Die SVP ihrerseits äusserte Bedenken und wünschte sich weniger Verbote und weniger Bürokratie. Roland Frauchiger plädierte für die möglichen kleinen Schritte: Fundamentale Haltungen verunmöglichen Lösungen – und damit das notwendige Energiegesetz.

VORSTÖSSE

- **Dr. Roland Frauchiger hat eingereicht**
- Interpellation betreffend verschiedene Versicherungstarife der Aargauischen Gebäudeversicherung

• **Urs Plüss hat miteingereicht**

- Interpellationen betreffend
- Qualität und Vielfalt der Medien im Kanton Aargau
 - Chancen für Klima und Wirtschaft durch Aufbau einer Infrastruktur zur Abscheidung und Speicherung von CO2
 - Vorgaben der kantonalen Denkmalpflege bei Bauvorhaben im Bildungsbereich in Zofingen
 - Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden bei den Grundstückgewinnsteuern, den Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie erblosen Verlassenschaften
 - Sparmassnahmen des Bundesrats beim regionalen Personenverkehr – Auswirkungen auf den Kanton Aargau
 - betreffend Kreislaufwirtschaft und kreislauforientiertes Bauen

• **Uriel Seibert hat eingereicht**

- Motion für die Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Schutz von berechtigtem Whistleblowing

• **Therese Dietiker hat eingereicht**

- Postulat für die Änderung der Zuständigkeit bei der Unterbringung und Betreuung von UMA18+ als nachhaltige Integrationsinvestition

• **Therese Dietiker hat miteingereicht**

- Interpellationen betreffend
- sofortige Einstellung der Dienstleistungen mobile ärzte AG
 - Vergabe der Leistungsaufträge der spezialisierten Palliative Care im Langzeitpflegebereich
 - flächendeckende, einheitliche Versorgung der Bevölkerung mit spezialisierten Palliative Care-Angeboten im ambulanten Bereich

ANZEIGE

BB Wertmetall®
Gut zu haben.

S-Deposito⁺
Mit Silber setzen Sie auf einen wahren Wert.

silber-deposito.ch
062 892 48 48

Bekannt für Cordon bleu und eine grosse Auswahl an einheimischem Wein

Gasthaus Thalner Bär

Das Gasthaus für Leib und mit Seele

www.thalner-baer.ch

Hauptstrasse 88 • 5112 Thalheim • 056 44 33 888

AGENDA

03. März 2024

Eidgenössische Volksabstimmung

11. März 2024, 18.15–20.15 Uhr

kOOL-Schulung Teil 1
(Josefstrasse 32, Zürich)

12. März 2024, 19.45–21.00 Uhr

Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

16. März 2024, 14.00–17.00 Uhr

1. Ausserordentliche Versammlung
JEVP Schweiz (Neuenburg)

21. März 2024,

18.15 Uhr Eintreffen/Apéro,
19.00 Uhr Begrüssung/Start

Generalversammlung und
Parteiversammlung
(Kirchgemeindehaus, Schöffland)

23. März 2024, 10.00–16.00 Uhr

Delegiertenversammlung EVP
Schweiz (Winterthur)

23. April 2024, 19.45–21.00 Uhr

Parteiversammlung (TDS, Aarau)

04. Mai 2024

Frauentagung der EVP Frauen
Schweiz (Infos unter www.evppev.ch/partei/evp-frauen)

22. Mai 2024, 19:00 Uhr

EVP-Treffen für alle Mandatsträger

Alle Termine 2024 finden Sie unter
www.evp-ag.ch/aktuell/agenda

EVP wünscht sich nachhaltige Lösungen bei der Altersvorsorge

Barbara Müller-Hefti, Geschäftsführerin

Die EVP Aargau lehnt an ihrer Parteiversammlung vom 17. Januar die Initiative für eine 13. AHV-Rente sowie die Renteninitiative ab, die am 3. März zur Abstimmung stehen. Weder die «Giesskannen-Logik» einer 13. AHV-Rente noch eine kurz nach der AHV-21-Reform vorgeschlagene Erhöhung des Rentenalters sind nachhaltige Lösungen für eine würdevolle und wirtschaftlich sichere Altersvorsorge in der Schweiz.

Die EVP-Mitglieder lehnten die Initiative für eine 13. AHV-Rente mit grossem Mehr ab. Um Altersarmut effektiv zu bekämpfen, bestehen Sozialwerke sowie die Möglichkeit, Ergänzungsleistungen zu beantragen. Eine 13. Monatsrente für alle Pensionierten unabhängig vom Bedarf, wie von der Initiative gefordert, ist keine soziale Lösung. Sie läuft zudem der ungerechten seit

Jahren anzupassenden Ehepaarrente entgegen. Menschen mit einer IV-Rente gehen leer aus.

Mit nur einer Gegenstimme lehnte die EVP Aargau auch die Initiative der Jungen FDP ab: Die AHV-21-Reform war ein erster Schritt, um die Altersvorsorge für die nächsten Jahre zu stabilisieren. Sie wird ab Januar 2024 umgesetzt. Es ist wichtig, Erfahrungen mit dem flexiblen Renteneintrittsalter zu sammeln, bevor das Rentenalter weiter erhöht wird.

«Es wäre ein echter Affront gegen die Stimmbevölkerung, würde man unmittelbar im Anschluss an die Reform AHV 21 das Renteneintrittsalter erneut erhöhen.»

**Lilian Studer, Parteipräsidentin
EVP Schweiz**

IMPRESSUM

Redaktion

Evangelische Volkspartei des Kantons
Aargau
5000 Aarau

Herausgeber

Evangelische Volkspartei Aargau
Abonnement mindestens 15 Franken
pro Jahr

Erscheinungsweise

viermal jährlich

Internet

www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat

sekretariat@evp-ag.ch

Inserate, Adressverwaltung

Evangelische Volkspartei des Kantons
Aargau
5000 Aarau
Telefon 077 450 15 99

Realisation und Druck

www.gndruck.ch

Auflage

7755 Exemplare

Empfangsschein

Konto / Zahlbar an
CH95 0900 0000 5000 0317 2
EVP des Kantons Aargau
Marchstrasse 4
5033 Buchs AG

Zahlbar durch (Name/Adresse)

┌	└
└	┌

Währung Betrag

CHF

Annahmestelle

Zahlteil



Währung Betrag

CHF

Konto / Zahlbar an
CH95 0900 0000 5000 0317 2
EVP des Kantons Aargau
Marchstrasse 4
5033 Buchs AG

Zahlbar durch (Name/Adresse)

┌	└
└	┌